

Einleitung

Sabine Holtz und Gerald Maier

2018 jährte sich das Ende der deutschen Monarchien und der Beginn der ersten demokratischen Republik auf deutschem Boden zum einhundertsten Mal. Im Vorgriff auf dieses Ereignis wurde seit 2014 ein vom Landesarchiv Baden-Württemberg und der Abteilung Landesgeschichte des Historischen Instituts der Universität Stuttgart getragenes Forschungs- und Digitalisierungsprojekt „Von der Monarchie zur Republik. Digitalisierung von Quellen zur Demokratiegeschichte 1918–1923“ erarbeitet. Ziel des Projekts war es, die gewaltigen Transformationsprozesse in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur anhand einschlägiger Quellen aus den umfangreichen Beständen des Landesarchivs transparent zu machen, sie zu kontextualisieren und in einer Online-Quellensammlung zu präsentieren. Zum Abschluss des Projekts fand im November 2017 an der Universität Stuttgart eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Von der Monarchie zur Republik. Forschungsperspektiven zur Demokratiegeschichte in der Frühphase der Weimarer Republik (1918–1923)“ statt. Der vorliegende Tagungsband vereint die dort gehaltenen Vorträge. Am Anfang des Tagungsbandes stellen Andreas Neuburger, Simone Ruffer und Christina Wolf das Forschungs- und Digitalisierungsprojekt zur Demokratiegeschichte im deutschen Südwesten vor und präsentieren erste Ergebnisse. Das Projekt bildet einen neuen Themenschwerpunkt im landeskundlichen Informationssystem LEO-BW (www.leo-bw.de/aktuelles/von-der-monarchie-zur-republik). Grundsätzlich wurde großer Wert auf eine vergleichende Perspektive der Entwicklungen im deutschen Südwesten gelegt. Die ausgewählten und digitalisierten Quellen wurden drei Themenfeldern zugeordnet: Politisches Leben; Wirtschaft und Soziales; Gesellschaft, Bildung und Kultur. Diese Themenfelder wurden parallel für den Republik Baden, den Volksstaat Württemberg und den preußischen Regierungsbezirk Sigmaringen (Hohenzollern) erarbeitet. Neben der thematischen Präsentation bietet das Themenmodul zugleich eine wissenschaftliche Einführung und erste Analysen.

Erste Forschungsergebnisse der Arbeit mit diesen Dokumenten präsentieren die Beiträge von Amelie Bieg und Theresa Reich, die aus einem Stuttgarter Hauptseminar hervorgegangen sind. Amelie Bieg befasst sich unter dem Titel „Eine Frage des ‚Privatlebens‘ oder der ‚Staatsautorität‘? Die Rolle der Beamten im ‚Sigmaringer Titelstreit‘ (1926–1931)“ mit dem Konflikt zwischen dem demokratischen Regierungspräsidenten Preußens, Alfons Scherer, und Wilhelm Fürst von Hohenzollern und dessen Sohn Friedrich Prinz von Hohenzollern. Sie zeigt, wie schwierig es für den Regierungsvertreter war, republikanische Prinzipien in der Kleinstadt Sigmaringen durchzusetzen. Theresa Reich stellt ihren Beitrag unter das Thema „Ein unvermeidlicher ‚Berufsunfall‘. Die Abdankungen König Wilhelms II. von Würt-

temberg und Großherzog Friedrichs II. von Baden im Spiegel der südwestdeutschen Presse“. Sie beobachtet einen unterschiedlichen Umgang der Presse in Baden und Württemberg mit dem Ende der Monarchie. In Württemberg scheint es zumindest für die konservativen Blätter Ehrensache gewesen zu sein, den Bruch mit dem monarchischen Obrigkeitsstaat zu verurteilen. Die badische Presse hingegen war deutlich kritischer und hinterfragte Position und Politik des Großherzogs im Kontext der revolutionären Ereignisse, noch bevor dieser seine Abdankung veröffentlicht hatte. Diese beiden Beiträge junger Forscherinnen leiten zugleich den ersten Bereich des Tagungsbandes ein, der unter dem Thema „Revolution und politischer Umbruch“ steht. Der Beitrag von Ursula Rombeck-Jaschinski knüpft unter dem Titel „Überlebte Tradition? Das Ende der Monarchien in Südwestdeutschland“ an die Analyse der Presseartikel von Theresa Reich an und weitete das Thema vergleichend in den politischen Diskurs in Baden und Württemberg. Auch wenn die Linke bisweilen eine gleichsam monarchische Erweckung fürchtete, so beispielsweise im Kontext des Begräbnisses des vormaligen württembergischen Königs im Oktober 1921, kann Ursula Rombeck-Jaschinski zeigen, dass die beiden südwestdeutschen Monarchien geräuschlos implodierten, auch weil die Chance zur rechtzeitigen Modernisierung nicht ergriffen worden war. Im Anschluss beschäftigt sich Angela Borgstedt mit den zahlreichen deutschen Migranten, die, als ihre Heimat Elsass-Lothringen am Ende des Ersten Weltkrieges an Frankreich abgetreten werden musste, nach Baden kamen. Unter ihnen waren auch viele „Altelsässer“, die sich bereits vor 1871 im Elsass niedergelassen hatten. Wie Angela Borgstedt zeigen kann, kümmerte sich der badische Staat um sie, dennoch war Selbsthilfe, wie sie unter anderem der „Hilfsbund für die vertriebenen Elsaß-Lothringer“ leistete, unerlässlich. Der Beitrag von Wilfried Reininghaus richtet den Blick auf Westfalen. Im Zentrum stehen die Soldaten-, Arbeiter-, Bauern- und Bürgerräte. Sie spielten, wie Wilfried Reininghaus nachweisen kann, in Westfalen eine wichtige stabilisierende Rolle beim Übergang von der Monarchie zur Republik, sie gerieten dann aber in den parteipolitischen Machtkampf zwischen Sozialisten und Kommunisten. Dies macht Wilfried Reininghaus unter anderem dafür verantwortlich, dass sie sich binnen eines Jahres marginalisierten. Der Beitrag von Wolfram Pyta ist dem Thema „Demokratischer Urknall? Überlegungen zur Geburt der deutschen Demokratie aus dem Geist der Novemberrevolution“ gewidmet. Er nimmt in seinem Beitrag eine Neuorientierung vor und fragt nach Erkenntnispotentialen, die essentielle Einsichten in demokratische Funktionsbedingungen gestatten. Sein Blick gilt einer Zeitspanne großer Dynamik zwischen Novemberrevolution und der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung, den Formveränderungen und dem Gestaltwandel des Politischen. Eingebettet in die Entwicklung auf Reichsebene befasst er sich speziell mit den Räten in Württemberg, die – für kurze Zeit – neue Formen politischer Partizipation hervorgebracht haben.

Der Beitrag von Sylvia Schraut „Schwieriger Übergang oder Bruchlandung? Die bürgerliche Frauenbewegung des Kaiserreichs in der ersten deutschen Demokra-

tie“ eröffnet das zweite Themenfeld „Gesellschaft im Wandel“. Sylvia Schraut konstatiert eine Marginalisierung der liberalen bürgerlichen Frauenbewegung in den 1920er Jahren. Die neue parlamentarische Struktur, aber auch Parteien und Politik orientierten sich an den, durch die Kriegsjahre nur kurzzeitig aufgebrochenen, traditionellen Geschlechterrollen. Die Frauen mussten ihre berufliche Positionen zugunsten der zurückkehrenden Soldaten wieder räumen; wirtschaftliche Härten taten ein Übriges. Diese Entwicklung konnte trotz des neuen Frauenwahlrechts und der ersten Vertreterinnen im Weimarer Parlament nicht unterbunden werden. In ihrem Beitrag „Der Versuch zu bleiben. Einbürgerungen auf dem Bezirksamt Karlsruhe“ analysiert Laura Moser exemplarisch die Auswertung von Quellen zur Migrationsgeschichte als Grundlagenarbeit im Praxisprojekt der Heidelberger Universität. Näherhin untersucht sie Einbürgerungsanträge von Frauen, die zwischen 1918 und 1933 in Karlsruhe gestellt wurden. Auffällig häufig stellten jene Frauen Anträge auf Einbürgerung, die mit nicht-deutschen Männern verheiratet waren und mit der Heirat ihre deutsche Staatsbürgerschaft verloren hatten. Ein großer Teil der untersuchten Frauen betrachtete sich als Deutsche, wiewohl sie juristisch als Französinen, Polinnen und Österreicherinnen oder auch als Staatenlose galten. Laura Mosers Beitrag geht der Frage nach, wer die einbürgerungswilligen Frauen waren, mit welchen Problemen sie angesichts ihrer Rechtsstellung zu kämpfen hatten und wie die badischen Beamten die Anträge bearbeiteten. Marco Birn untersucht in seinem Beitrag „Studieren in Zeiten des Umbruchs. Akademisches Leben an südwestdeutschen Universitäten zu Beginn der Weimarer Republik“ die Situation der Universitäten Heidelberg, Tübingen und Freiburg. Der infolge der Einberufungen junger Männer teilweise sehr hohe Anteil von Studentinnen in der Kriegszeit ging in den Anfangsjahren der Weimarer Republik rapide zurück. Um die verlorene Zeit wenigstens teilweise zu kompensieren und um die Überfüllung der Universitäten etwas zu entschärfen, wurde den zahlreichen Kriegsheimkehrern im Frühjahr 1919 reichsweit ein Kriegsnotsemester ermöglicht. In der Konkurrenzsituation setzten sich letztendlich die Studenten durch; sie konnten ihre Positionen zurückerobern.

Mit der „Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse“ befassen sich die beiden letzten Beiträge. Cord Arendes und Nils Steffen stellen zunächst „Archivalische Quellen im Einsatz“ vor. Dabei handelt es sich, so der Untertitel, um das Praxisprojekt „Geflüchtet, unerwünscht, abgeschoben – ‚lästige Ausländer‘ in der Weimarer Republik“. Der Beitrag skizziert zunächst um einen die nach der Umsetzung der Bologna-Reform veränderten Rahmenbedingungen universitärer Lehre und stellt das auf der Idee des sogenannten Forschenden Lernens basierende Lehrformat „Praxisprojekt“ vor. Hieran schließt sich zum zweiten ein konkretes Fallbeispiel an, das vorführt, wie Archivmaterialien aus der Zeit der Weimarer Republik im Rahmen einer szenischen Lesung für ein breites Publikum produktiv genutzt werden können. Abschließend wird der Beitrag ausgelotet, den ein solches Praxisprojekt für eine Demokratiegeschichte der frühen Weimarer Republik leisten kann. Unter dem Titel der Ausstellung des Landesarchivs Baden-Württemberg

im Karlsruher Generallandesarchiv, „Demokratie wagen? Baden 1818–1919“ befasst sich Peter Exner mit dem gut hundert Jahre währenden Kampf um die Demokratie in Baden, beginnend mit der ersten badischen Verfassung 1818. Peter Exner verbindet die geschichtliche Entwicklung des demokratischen Staats- und Herrschaftsverständnisses, in welchem Freiheit sowie Menschen- und Bürgerrechte die existentiellen Grundlagen bilden, ganz explizit mit Fragen historisch-politischer Bildungsarbeit. Ihm geht es darum zu zeigen, dass Bürgerrechte und demokratische Teilhabe nicht selbstverständlich sind, dass diese Werte gesichert und an die nächste Generation vermittelt werden müssen. Diese Werte wurden erkämpft und erfordern auch heute nachhaltiges Engagement.

Noch ist der demokratische Aufbruch auf der Ebene des Deutschen Reichs besser erforscht als der Beginn der ersten Demokratien im deutschen Südwesten. Der jetzt vorliegende Tagungsband gibt Einblicke in aktuelle Forschungsthemen und erweitert die Erkenntnisse zur südwestdeutschen Demokratiegeschichte. Die online zugängliche Quellensammlung zur Frühphase der Weimarer Republik in Baden, Württemberg und Hohenzollern bietet einen strukturierten Zugang zu einer materialreichen Quellengrundlage. Beides zusammen bietet einen guten Ansatzpunkt für weitere Forschungen zu den freiheitlichen und demokratischen Wurzeln des deutschen Südwestens.